Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Grundstücksabteilung
Verfasser/in
Wenk, Marco

Vorlagen-Nr.
202/00/2019
Aktenzeichen
202

Anlagedatum
10.09.2019

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Ortschaftsrat Herten	07.10.2019	Ö	Kenntnisnahme
Hauptausschuss	14.10.2019	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	22.10.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Bildung einer Abrechnungseinheit im Baugebiet "Sengern" in Herten

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt die Bildung einer Abrechnungseinheit, für die im Baugebiet „Sengern“ erstmals herzustellen beiden Straßenzüge der Planstraße A und B.

Anlagen
Lageplan

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag Euro nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro nein

Erläuterung:

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

Die beiden Straßenzüge der Planstraße A und B sind im Bebauungsplan "Sengern" als öffentliche Verkehrsfläche bezeichnet. Die Planstraße A ist hierbei die Verlängerung der Earl-H.-Wood-Straße und verbindet diese mit der Marie-Curie-Straße und die Planstraße B ist die Verlängerung der Marie-Curie-Straße bis hin zur Bundesstraße 34. Die eben beschriebenen Planstraßen werden im Rahmen des Bebauungsplanes „Sengern“ erstmalig hergestellt. Der Verlauf der beiden Straßenzüge ist im beigefügten Lageplan rot (Planstraße A) und blau (Planstraße B) dargestellt.

Nach § 37 Abs. 1 Kommunalabgabengesetz (KAG) werden die Erschließungskosten für die einzelne Erschließungsanlage ermittelt, sofern die Gemeinde nichts anderes bestimmt. Die beitragsfähigen Erschließungskosten können aber für mehrere erstmals herzustellende Anbaustraßen, die eine zweckmäßige Erschließung des Baugebiets ermöglichen und miteinander verbunden sind, zu einer Abrechnungseinheit zusammengefasst werden. Eine nach § 37 Abs. 3 KAG gebildete Abrechnungseinheit gilt dann gemäß § 38 Abs. 1 KAG bei Verteilung der beitragsfähigen Kosten als eine Erschließungsanlage.

Bei der Entscheidung, ob eine rechtlich mögliche Zusammenfassung vorgenommen wird, handelt es sich um eine Ermessensentscheidung der Gemeinde. Die Stadtverwaltung schlägt vor eine Abrechnungseinheit zu bilden, da hierdurch eine größere Abgabengerechtigkeit erreicht werden und dies zu einer größeren Akzeptanz der erschließungsbeitragsrechtlichen Situation führen soll. Die Entscheidung über die Bildung einer Abrechnungseinheit ist vor dem Entstehen der Beitragsschuld zu treffen, also vor Abschluss der Bauarbeiten.

Die Bildung einer Abrechnungseinheit für die beiden Straßenzüge der Planstraße A und B ist aus folgenden Gründen möglich und sinnvoll:

1. Die Straßenzüge werden beide erstmals hergestellt.
2. Sie sind miteinander verbunden und sollen zusammen eine städtebaulich zweckmäßige Erschließung des Baugebiets ermöglichen.
3. Das Baugebiet besteht aus einer zusammenhängenden bebauten bzw. bebaubaren Fläche im Sinne des § 37 Abs. 3, Satz 1 KAG, die auf Grund des Beschlusses der Gemeinde eine einheitliche Erschließung erfahren soll.

Ziel dieser Vereinheitlichung der Erschließungsbeiträge und Bildung der Abrechnungseinheit ist es eine gleichmäßige Verteilung der Erschließungslasten für alle begünstigten Eigentümer des Erschließungsgebietes zu erreichen. So werden die Grundstückseigentümer in diesem Gebiet mit den gleichen Beitragssätzen belegt, was zu einer besseren Akzeptanz der Erschließungsbeiträge führen soll.

Des Weiteren soll durch die Bildung einer Abrechnungseinheit auch eine höhere Abgabengerechtigkeit durch eine gleichmäßige Beitragsbelastung erreicht werden. Dabei gehen wir davon aus, dass bei einer unterschiedlichen Beitragslage bzw. Einzelabrechnung der Erschließungsanlage einige Grundstückseigentümer deutlich höher als andere belastet werden würden.

Die Stadtverwaltung schlägt daher vor eine Abrechnungseinheit für die Planstraße A und B im Bebauungsplangebiet „Sengern“ zu bilden.